

I. Teil:

Der Kampf um den Neubau des Stadthauses

Weshalb braucht Bremen 1913 ein neues Rathaus?

Ja, in der Tat: Weshalb braucht Bremen Anfang des 20. Jahrhunderts ein neues Rathaus? Es besitzt doch ein altes, ein so großartiges gar, dass es seit Juli 2004 samt Roland zum UNESCO-Welterbe gezählt wird.

Als Franz Schütte den Senat anno 1891 erstmals drängt, ein neues Rathaus zu bauen, entspricht das alte aber den wachsenden Ansprüchen der Verwaltung schon lange nicht mehr. Ein mittelalterliches Rathaus diente nicht erstlinig als Verwaltungsgebäude. Es war vielmehr das einzige Mehrzweckhaus der Stadt, mithin »Regierungsgebäude, Gerichtshaus, Kaufhaus, Verwaltungsgebäude, Zeug- und Festhaus« in einem.¹

Das meiste davon traf auch auf das alte Rathaus in Bremen zu: »Keller, Erd- und Obergeschoss wurden von jeweils riesigen, nicht unterteilten Räumen eingenommen, die dem Handel mit hochwertigen Waren optimale Bedingungen lieferten: Ideale Feuchtigkeit im Keller, ausreichend Platz und Schutz vor Witterung in den aufgehenden Stockwerken. Der Bau ist also ganz auf die Bedürfnisse des Handels ausgelegt. Der Raumbedarf des Rates beschränkte sich ... auf das kleine Geviert, das vom Rats-

gestühl im großen Saal des Obergeschosses eingenommen wurde. Der Rat besaß in Bremen anfänglich noch nicht einmal eine abgetrennte Stube.«² – Waren das Zeiten!!!

Erst nach dem Aufstand der 104 anno 1532 bekam der Rat eine kleine Kanzlei. Sie war der Verwaltungssitz. Im Raum über der Güldenammer lagerten die Archivalien.

Allerdings muss der Rat sich in Bremen erst seine Rechte vom »Herrn von Bremen«, dem hochwürdigsten Herrn Erzbischof, ertrotzen. Das ist am Alten Rathaus architektonisch gut ablesbar: Es hat die Form einer Königshalle, wird dem Erzbischof boshaft direkt vor die Nase gesetzt und die Figuren Kaiser Karls wie der sieben Kurfürsten an der Marktfassade geben dem Erzbischof den sprichwörtlichen Wink mit dem Zaunpfahl: Der Rat will ihn als Stadtherrn loswerden. Diesen Wunsch unterstreicht er zusätzlich mit den Kaiserporträts, die er an die Decke der Oberen Halle malen lässt; angefangen bei Karl dem Großen bis zu Kaiser Sigismund, in dessen Regierungszeit das Rathaus 1405/07 erbaut wird.

Als man den Erzbischof nach Reformation und Dreißigjährigem Krieg endlich los ist, ändert sich »der Charakter des Rathauses«: »Aus der anfänglichen Vertretung der Bürgergemeinde wird rasch die Herrschaft über sie.« Der Rat besteht auch in Bremen »aus einer kleinen Elite von Reichen, Pfeffersäcken und Rentnern«, dem die Bürger »als Untertanen gegenüberstehen«. Kein Wun-



Das Alte Rathaus als Postkartenmotiv vor dem Ersten Weltkrieg

der, dass die Handwerker anno 1532 dagegen opponieren. Allerdings vergeblich. Es bleibt bei der »Oligarchisierung des Rats«³, als er aus dem Asyl in Bederkesa zurückkehrt. Das beweist die Selbstergänzung. Die Verwaltung besteht aus ein paar Syndici und Schreibern.

Mit denen kommt man natürlich im 19. Jahrhundert nicht mehr klar. Denn zwischen 1875 und 1905 verdoppelt sich die Einwohnerzahl Bremens. Zählt man 1875 lediglich 102.499 Einwohner, so bewohnen am 1. Dezember 1905 bereits 214.953 die Stadt.⁴ In jener Zeit geben Heinrich Friedrich Karl Reichsfreiherr vom und zum Stein und Karl August Fürst von Hardenberg den Startschuss zur Aufblähung der Verwaltung. Sie treiben nach dem Desaster der napoleonischen Okkupation die staatliche Neuordnung sowie die Verwaltungsreformen voran. Das wirkt sich auch in Bremen aus, wie der Abgeordnete Johann Philipp Rippe am 5. Juli 1899 vor der Bürgerschaft bestätigt: »Nachdem Bremen den erheblichen Bevölkerungszuwachs erhalten hat, ist die Verwaltung entsprechend größer geworden, also muß sie auch in andere Bahnen gelenkt werden, als sie (heute) sind.«

Wie schön, dass neben dem Rathaus noch das Palatium steht, der frühere erzbischöfliche Palast. Der wurde zwar anno 1818 durch den Baukonstrukteur Nicolaus Blohm zum Verwaltungssitz umgebaut, in den »Behörden, Gerichte und die Polizei« einziehen.⁵ Aber auch er reicht gegen Ende des 19. Jahrhunderts für den Verwaltungsaufwand in der deutschen Kaiserzeit hinten und vorne nicht mehr.

Der »graue Kasten«

Außerdem ist das klassizistische Stadthaus in die Jahre gekommen. Wolfgang Brönner spricht von einem »architekto-

nisch wenig ansprechenden Gebäude in den Stilformen des Klassizismus«, das »sich allgemein keiner großen Wertschätzung« mehr erfreue.⁶

Die Frage, ob der Bau sich »allgemein keiner großen Wertschätzung mehr erfreut«, beherrscht u.a. die erste Bürgerschaftssitzung, in der am 14. Juni 1899 erstmals um den Neubau des Stadthauses gerungen wird. Franz Holtscher, Kaufmann und Holzhändler und Abgeordneter der 4. Klasse, bezeichnet es »mit Bezug auf unseren schönen Dom, das Rathaus, etc.« als »ein ganz abscheuliches Gebäude«.

Der Abgeordnete Gustav Adolf Carl Georg Pagenstecher, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Aktiengesellschaft »Weser«, Kaufmann und Abgeordneter der 2. Klasse, spricht von »einem scheußlichen Ding«. Er erinnert daran, »daß wir bei der Einführung eines neuen Senators bei kaltem Wetter mit dem Hute auf dem Kopfe und dem Überzieher (an)« im Stadthaus »gesessen haben«. Er fragt: »Wie sieht es denn im Innern aus?« Antwort: »Gehen Sie doch mal hinein! ... Es ist einfach scheußlich.« Wenn er »mit Fremden durch die Stadt gehe«, dann höre er beim Gang über den Markt und

Das Stadthaus am Domshof in Bremen. Stahlstich von Julius Gottheil, entstanden zwischen 1850 und 1864.





Das Stadthaus um 1909

den Domshof »Ahs« und »Ohs«. Doch »dann gehen sie weiter und kommen an das schauerhafte Stadthaus; es ist eine reine Schau(d)erbude«.

Albert Wilhelm Gröning, seit 1871 Senator, ein Mann mit »Überzeugungstreue bis hin zu starrer Unbeugsamkeit«,⁷ ist felsenfest davon »überzeugt«, dass »unter hundert Bewohnern Bremens neunundneunzig« das Stadthaus »nicht künstlerisch, sondern hässlich« fänden und dass es daher »wünschenswert« sei, es plattzumachen.

Die Weser-Zeitung vom 2. Juni 1899 nennt das Gebäude schlichtweg »einen grauen Kasten«. Die Bremer Nachrichten behaupten am 18. Februar 1900: »Das Stadthaus« entbehre »jeder Würde und jeden Geschmacks« und habe »als Schandmal im Herzen Bremens viel zu lange bestanden«. Es sei daher »gut, dass man« nun »den ersten Willen« habe, »etwas Schöneres und Besseres an seiner Stelle erstehen« zu lassen.

Die Nachrichten stehen mit diesem Urteil nicht allein da. Der Bremer »Kunstpapst«⁸ Arthur Fitger beschreibt das Stadthaus 1899 als »eine der leidigs-

ten Hässlichkeiten unserer Stadt, einen Bastard von Erichtheion und Scheune«. ⁹ Und der Architekt Friedrich Wilhelm Rauschenberg hält das Stadthaus für »ein Zeugnis einer trostlosen Zeit« wie einen »Stein des Anstoßes in jeder Beziehung«. ¹⁰

Die Weser-Zeitung macht deshalb mit ihrem Leitartikel anno 1899 schon mal Stimmung für den Neubau: »Die Erneuerung des Stadthauses seit langer Zeit der stille Wunsch Einzelner, seit Jahrzehnten von vielen erhofft, seit Monaten in weiten Kreisen erörtert, jetzt endlich soll sie der Verwirklichung entgegen gehen. Der graue Kasten ist in seiner von Jahr zu Jahr in Formen und Farben reicher erblühten Umgebung immer unleidlicher geworden.«

Das hat natürlich auch damit zu tun, dass die Begeisterung für den Klassizismus im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts gegen null tendiert: »In einer Zeit erbaut, da nach allen Leiden der Revolutionsepoche die Sparsamkeit die erste Tugend der Stadtverwaltung sein musste, und da ein missverständener Classicismus das höchste war, zu dem der vom napoleonischen Cäsarismus geknebelte Kunstsinn sich emporzuschwingen versuchte, hat das Stadthaus keinerlei Anrecht auf Schonung.« Also: Nichts wie weg damit? Vorsicht! So leicht macht es sich die Weser-Zeitung nicht.

Zwischen den Zeilen blitzt sogar so etwas wie Verständnis für die Kunstrichtung auf, die inzwischen out ist. Denn nach dem Klassizismus ist der Historismus in. Er ist französischen Ursprungs und wird ab 1845 in Deutschland heimisch.

Die Weser-Zeitung hält fest, der »graue Kasten« sei durch Um- und Anbauten verschandelt worden: »Ganz so nüchtern und barbarisch, wie er heute dasteht, haben unsere Großväter ihn

nicht entstehen lassen. Viele unter uns erinnern sich noch der drei Portale mit vorgelagerten Freitreppen, die ehemals der Hauptfront eine gewisse Stattlichkeit gaben. Sie haben Forderungen der Nützlichkeit weichen müssen, und selbst der letzte übrig gebliebene Eingang hat die Freitreppe mit den zwischen seine Seitenwände eingeklemmten Stufen vertauschen müssen. Und fast noch ärger ist der dem Domshof zugekehrten Seite mitgespielt worden. Schon ihre Verlängerung um drei Fenster hat vor reichlich vierzig Jahren ihr nicht zum Vorteil gereicht, als aber auch sie vor zwanzig Jahren nach Verlegung der Post des Portals mit den vor ihm liegenden doppelten Freitreppen beraubt wurde, erhielt der lang gestreckte Flügel erst *das schauerhafte Gepräge nüchternster Langeweile*, das ihm vor allen Gebäuden Bremens eigen ist.¹¹

Wolfgang Brönner präzisiert: »Ursprünglich« habe das Stadthaus »neun Achsen und einen giebelbekrönten Mittelrisalit mit vorgelagerter Freitreppe« gehabt. »Später« seien »die Nebeneingänge zugemauert und schließlich mit Rücksicht auf den Verkehr zwischen Dom und Stadthaus die Freitreppe entfernt worden.« Fazit: »Was vorher dem einfachen Bau noch etwas Glanz verliehen« habe, sei nun »empfindlich gestört« worden. Da wundere es nicht, »wenn im ausgehenden 19. Jahrhundert das alte Stadthaus sich allgemein keiner Wertschätzung mehr erfreute.«¹²

Die Weser-Zeitung beklagt am 18. Februar 1900: »Der Sinn für die schlichte, einfältige Größe antiker Baukunst ist uns bis in die neueste Zeit seit einem halben Jahrhundert fremd geworden.« Stattdessen sei »Reichthum und Ueberreichthum billigster Art zum Geschmack des Publikums« geworden, »das Stilvoll nannte, was der



Kleines Palatium vor 1909

Baumeister aus Dutzenden von Vorlagewerken mit wenig Geistesaufwand zusammenpauste«. Es gäbe »in der Nähe des Stadthauses solcher Motivchenarchitektur nicht wenig«. – Gemeint sind wohl der neugotische Rutenhof von 1873/75 und vor allem der protzige Bau der Deutschen Bank von 1889/91. – »Im Vergleiche« dazu mache »das simple Stadthaus immer noch den Eindruck einer künstlerischen Qualität.« Er fragt süffisant: »Haben denn diese modernen *Plagiatarchitekturen* so viel eigenes Wesen und so viel inneren Charakter?« Und zum Stadthaus gewandt: »Spricht diese monotone Fassade ... dagegen nicht Bände von dem spießbürgerlich bescheidenen, freudarmen und armseligen Dasein jener Zeit unserer Großväter, wo das bißchen Verständnis für die Antike die einzige Seele der Kunst war? Wenig Geld und wenig Können, aber auch ein unendlich anspruchsloses Gebaren, eine Steifheit, die man guten Willens für antikisch ausgab, weil man's nicht besser kannte, das ist das Wesen solcher Bauwerke.«



Die Weser-Zeitung hegt den nicht unberechtigten Verdacht, das Rathaus könne durch einen bombastischen Protzbau im historistischen Stil deklariert werden. Eine Horrorvorstellung!

Ihr Rat, »wenn wir die Schönheit unserer alten bremischen Architekturwerke in ihrer Wirkung erhalten wollen«, müssen »wir dies Übertrumpfen durch weniger anspruchsvolle Nachbarn verhindern«, hat etwas Prophetisches.

Dass das Stadthaus trotz aller auch vorhandenen Qualitäten weg muss, will vor allem einer: Franz Schütte, ein Mann von Tat und Geld, dessen Einfluss in Bremen enorm ist. Er unternimmt 1891 den ersten, vergeblichen Versuch, den Senat dazu zu bewegen, ein neues Stadthaus zu bauen. Da er seine hanseatischen Pappenheimer nur zu gut kennt, liefert er gleich einen Entwurf mit ab, damit sich der Senat einen Ruck gibt und endlich in die Puschen kommt. Leider vergeblich.

Weshalb will Franz Schütte unbedingt ein neues Stadthaus?

Um die Frage kurz zu beantworten: Schütte will Bremen zum Verwaltungszentrum seiner Deutsch-Amerikanischen Petroleum Gesellschaft herausputzen und aus seiner Provinzialität erlösen.

Grund genug, uns einmal diesen tatkräftigen Hanseaten näher anzusehen. Franz Ernst Schütte wird am 21. November 1836 in eine Kaufmanns- und Ältermannfamilie hineingeboren. Wie in den Bremer Familien üblich, verbringt er einige Jahre im Ausland. Nach seiner Rückkehr aus den USA tritt er am 1. Januar 1861 als Teilhaber in die Firma seines Vaters ein. Sie importiert »Waren verschiedenster Art aus den Vereinigten Staaten«.

Der Aufenthalt in der »Neuen Welt« erweist sich als Glücksfall. Denn in

Pennsylvania entdeckt man 1859 Erdöl. Als das auf den europäischen Markt kommt, haben die Schütte-Brüder Franz und Carl den richtigen Riecher: Sie nehmen den »neuen Artikel« umgehend in ihr Sortiment auf. Andere Importhäuser weigern sich, sich »mit einer so feuergefährlichen und widerwärtigen Ware zu befassen«. Die Schüttes verbünden sich mit dem Geestemünder Spediteur Wilhelm Anton Riedemann, dem Sponsor der Bremerhavener Katholiken¹³, und betreiben »ein regelmäßiges Einfuhrgeschäft, das namentlich seit der Fertigstellung des ersten transatlantischen Kabels«, anno 1869, »rasch aufblüht«.

Natürlich profitiert Bremen von den Aktivitäten der Schütte-Brüder. Die Stadt wird »trotz seiner ungünstigen Wasserverbindungen für Jahrzehnte zum größten deutschen Petrolieum-einfuhrhafen«.

Und Franz Schütte ist innovativ: Wird das flüssige Gold zunächst auf Seglern in Fässern über den Atlantik geschippert, so setzt er »Mitte der achtziger Jahre« durch, dass die goldbraune Brühe auf Tankschiffen transportiert wird. Das führt »zu einem ungeahnten Aufschwunge des Geschäfts«. Anno 1886 dampft der erste Tanker mit Öl über den Ozean.

Als dann der amerikanische Tycoon, John Davison Rockefeller, sein Standard Oil allein nach Deutschland verschiffen will, findet er »in der Schütteschen Firma eine Macht vor, die er nicht so ohne weiteres beiseite schieben« kann. Da Amerikaner Pragmatiker sind, reicht Rockefeller den Schütte-Brüdern die Hand und gründet mit ihnen 1890 die Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft. Die Hälfte der Aktien hält John D. Rockefeller, die andere Hälfte teilen sich die Schüt-



Der Tycoon J. D. Rockefeller

Mitte:
Der Spediteur Wilhelm Anton Riedemann

Oben:
Der Bremer Kaufmann und Mäzen Franz Ernst Schütte

tes mit dem Bremerhavener Spediteur Wilhelm Anton Riedemann.¹⁴

Anno 1904 übernimmt Rockefeller das Aktienbündel der Weserhanseaten und macht Hamburg zum Sitz der Gesellschaft. Dass er das Petroleumgeschäft nicht für Bremen halten kann, ist sein größter Kummer, wie Schütte offen zugibt, »als er sich 1906 für viele Glückwünsche zu seinem 70. Geburtstag bedankt«.¹⁵

Obige »Verhältnisse fordern starke, bis zur Rücksichtslosigkeit entschlossfähige Persönlichkeiten. Franz Schütte war eine solche. Schon seine äußere Erscheinung, sein wuchtiger, vollbärtiger Kopf mit breitgewölbter Stirn und energisch aufgeworfenen Lippen, verkündete eine urwüchsige Willenskraft. In seinem Handeln wie in seinem Sprechen war er ohne Umschweife: schlicht und klar traf er schnell den Kern der Sache; wenn die Gelegenheit sich bot, stachelte ihn ein ursprünglicher, mitunter derber Humor« an. »Ein scharfer, praktisch-logischer Verstand kam ihm nicht nur in seinem Beruf, sondern auch bei den vielen Aufgaben, die an ihn herantraten, zustatten.«¹⁶

Ein früherer Lehrling Schüttes verriet: »Er konnte saumäßig grob sein, nicht nur seinen Lehrlingen, sondern auch manchem anderen gegenüber. Aber alle achteten und verehrten ihn.«¹⁷

Franz Schütte ist der »Prototyp des liberalen Kaufmanns«. Er hat jedoch auch einen unhanseatischen Wesenszug, denn er ist ein für Bremen nicht typischer Kaufmann: Er ist sinn froh und weltzugewandt und er genießt »seinen Reichtum in vollen Zügen«¹⁸.

Natürlich ist der »Petroleumkönig« ein Hans-Dampf-in-allen-Gassen: Er sitzt in der Handelskammer, fördert den Bau des Mittellandkanals und debattiert zwölf Jahre lang als Abgeordneter in der

Bürgerschaft mit, um nur einige seiner Aktivitäten zu nennen. »Arbeit war ihm zu allen Zeiten seines Lebens ein Bedürfnis, er konnte die Hände nicht in den Schoß legen; kaum hatte er ein Unternehmen zustande gebracht, beschäftigten ihn schon wieder neue Pläne, und mit überraschender Schnelligkeit führte er sie meist aus.« Und da das »flüssige Gold« bei Schütte zu echtem Gold mutiert, zieht er bereitwillig die Spenderhosen an, um »seiner Vaterstadt mit erheblichen Mitteln zu dienen«.¹⁹

»Sein jährliches Auskommen aus dem Ölgeschäft zählt zu den größten im damaligen Deutschen Reich.«²⁰ Er ist sozusagen der deutsche Rockefeller bzw. der »German Oil King«.²¹

Zunächst verwirklicht er sich einen Jugendtraum und sorgt für die Restaurierung des Doms, dessen Bauherr er seit 1881 ist. Die Domruine im Herzen der Altstadt ärgert ihn maßlos. Um ihr das Aussehen einer echten Kathedrale zu verpassen, greift er immer wieder zu seinem Scheckbuch, wenn sich die Restaurierung teurer als geplant erweist. Die Ausmalung durch den Hannoveraner Prof. Hermann Schaper finanziert er gar aus seinem prallen Geldbeutel allein.²²

Franz Schütte hat sich »mit Sicherheit um die Gestaltung des Rathauses gekümmert«, wie er sich um die Domrestaurierung und das Bismarckdenkmal kümmerte. »In Dokumenten greifbar« ist sein Einfluss aber kaum. Schütte hält sich »allgemein mehr im Hintergrund« und lässt »gern andere nach außen an seiner Stelle agieren«. Das aber ist »in schriftlichen Zeugnissen nur schwer zu fassen«.²³

Für Senator Dr. Friedrich Nebelthau ist Franz Schütte »der bedeutendste bremische Kaufmann seiner Zeit mit einem kaufmännischem Blick und einem praktischen Sinn von fast unfehl-

barer Sicherheit, ... mit einem unerhörtem Schaffensdrang und einer uner-müdlischen Arbeitskraft«. Er war »einer der treuesten Söhne und zähesten Ver-teidiger Bremens, der unseren Handel und unsere Schifffahrt planvoll und weitsichtig mächtig gefördert hat. Un-vergeßlich, aber und unvergänglich sind die Verdienste, die er sich durch seine unablässige, kluge und erfin-dungsreiche Sorge um die Verschöne- rung und Erweiterung unserer Vater- stadt erworben hat.«²⁴

»Was ihn bei seinen guten Werken antrieb, war die Liebe zu Bremen – und eine gewisse Eitelkeit? Jedenfalls genoss er – wer wäre dagegen wohl immun – seine Rolle als Wohltäter auch.«²⁵

Davon zeugt die Tatsache, dass er sich am Domportal vom Kölner Dom- baumeister Peter Fuchs als Noa darstel- len lässt.²⁶ Darf man das so deuten, dass

er sich als Retter des Doms bzw. Bre- mens aus der Provinzialität sieht und dass er sich selbst als einen »Gerechten« betrachtet, gleich Noa in der Bibel?

Kirchlich ist er »jenen Kreisen zuge- neigt, die die trennenden Schranken zwischen Lutheranern und Reformier- ten im Sinne der Preußischen Union niederzureißen suchten«. Eine Hal- tung, die der des Bürgermeisters Jo- hann Smidt zu Beginn des Jahrhun- derts entspricht. Bei Schütte kommt noch »in Verbindung mit seinem Kauf- mannsgeist« hinzu, dass er, wie viele an- dere Pfeffersäcke auch, »einem Ratio- nalismus huldigt, der nicht wenigen in der Kirche ein Dorn im Auge« ist.²⁷

Dass Schütte nicht in engen konfes- sionellen Grenzen denkt, hat u. U. mit seinem USA-Aufenthalt zu tun. Vermut- lich wurde dort der Blick über die pro- testantische Kirchturmspitze hinaus ge-



Einladung zur Wiederöff-
nung des St. Petri Doms
1901



Franz Schütte als Noa, hinter ihm Max Salzmann, Relief aus dem nördlichen Domportal

weitet, hätte er sonst für den Dom zwei Katholiken engagiert: Max Salzmann als Architekten und Peter Dominicus Fuchs als Schöpfer der Domportale?

Erster Versuch: Der Salzmann-Entwurf

Im Jahre 1891 unternimmt Franz Schütte den ersten Versuch, das unansehnliche Stadthaus zu beseitigen. Er schickt dafür »seinen« Dombaumeister Max Salzmann vor. Im begleitenden Text zum verloren gegangenen Plan erläutert er, was ihn, besser wohl Franz Schütte, dazu veranlasst hat: »Durch die bevorstehende Verlegung der Polizeibehörde nach dem Lindenhof und die in zwei Jahren zu erwartende Übersiedlung der Gerichtsbehörden nach dem ... Neubau am Osterthor« werde »ein großer Teil der Räume des Stadthauses frei. Es wäre dann ein recht günstiger Zeitpunkt, um dieses hässliche, die ganze Umgebung verunzierende und die Straße verengen-

de Gebäude zu beseitigen und das Rathaus nach Norden hin in einer der hohen Bedeutung als Regierungssitz des Bremischen Staates und als Kunstwerk ersten Ranges entsprechenden Weise umzubauen ...«

»Anstoß« dazu gibt »ein Entwurf für die Veränderung der Außenfronten und des hohen Turmes der Liebfrauenkirche, den der Unterzeichnete im Auftrage der Bauherren anzufertigen hatte.«²⁸ – Die Turmspitze ist damals schief. Eventuell soll das geändert werden.

Am 28. August 1891 wird dem Senat der Plan in der Güldenammer vorgestellt.²⁹ Die Baukosten schätzt Salzmann auf »voraussichtlich eine Million«. Besonders günstig sei, »daß der größte Theil des alten Stadthauses außerhalb der Grenzen des neuen Baues« liege und »dafür vor Fertigstellung desselben nicht abgebrochen zu werden brauche.« Trotzdem wird aus dem Entwurf nichts.

Zweiter Versuch: Landkauf gegen Neubau

Der endgültige Startschuss für den Neubau hallt aus dem Senatsprotokoll vom 27. September 1898 nach: »Herr Senator Stadtländer trug vor: Herr F. E. Schütte betreibe den Plan, durch Abbruch der jetzigen und Neubau eines geringeren Raum einnehmenden Stadthauses einen Platz zu gewinnen, der nach seiner Ansicht und der anderer Mitglieder des zur Errichtung eines Bismarckdenkmals zusammengetretenen Komitees für die Aufstellung dieses Denkmals besonders geeignet sein werde, zur Beschaffung der Mittel für den Neubau, der zugleich die Erbauung eines eigenen Gebäudes für die Polizeidirektion und wohl auch für andere Verwaltungen notwendig werden würde, beabsichtige Herr Schütte eine Gesellschaft zu bilden, die dem Staate das jetzt von Preußen erworbene, ehemal-

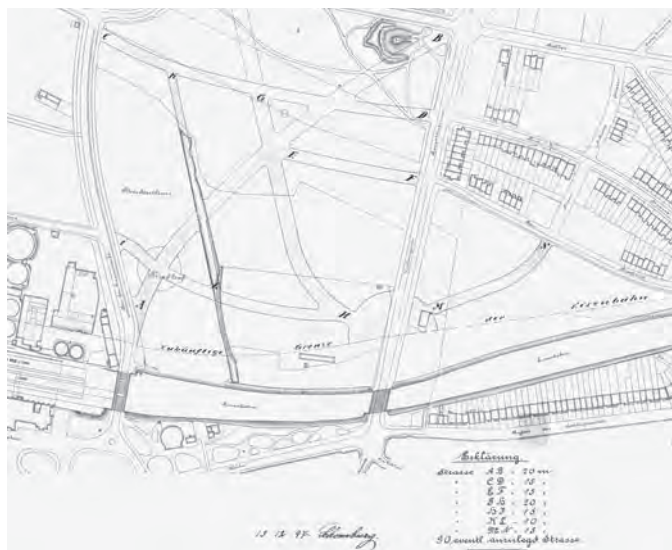
lige Bahnhofsterrain und vielleicht noch anderes in der Nähe gelegene Terrain zu einem ansehnlichem Preise abkaufe, um es demnächst für Bebauungszwecke zu verwerten. Da nun die Vergrößerung der Räume der Polizeidirektion binnen Kürzerem notwendig sein werde und der Umbau des Stadthauses in einer dem Rathause entsprechenden Weise schon seit geraumer Zeit besprochen worden sei, so beantrage er die Niedersetzung einer Kommission zur Überlegung und zum Bericht darüber, ob und wie der Anregung des Herrn Schütte entsprochen werden könne und welche Kosten etwa durch den Neubau des Stadthauses und den Neubau eines Verwaltungsgebäudes (der Stadt) erwachsen würden.«

»Zu der sich aus diesem Vortrag anschließenden Discussion wurden Einwendungen gegen den Plan nicht laut und forderten dem Antrage entsprechend, die Niedersetzung einer Kommission zu dem angegebenen Zwecke zu beschließen.«³⁰

Weshalb der Senat zum Jagen getragen werden muss, ist Schütte sonnenklar. Senator Albert Gröning bringt es anno 1899 in der Bürgerschaft auf die Kurzformel: »Das Geld fehlte.«

Doch da weiß Schütte Rat. Er liefert bei seinem zweiten Vorstoß anno 1899 gleich einen Finanzierungsplan mit, sodass der Senat nicht mehr »Nein« sagen kann. Ja, Schütte kommt ihm mit einem Junktim: Kauf des Geländes jenseits der Bahn unter der Bedingung, dass sich der Senat zum Bau des neuen Stadthauses entschließt.

Karte des Baugeländes der Parkland-Aktiengesellschaft auf Grundlage des Bebauungsplans für das Parkviertel vom 13.12.1897



Um welches Stück Land es geht, beschreibt Ernst Erhardt: »Der bremische Staat war im Jahre 1898 durch einen Vertrag mit dem preußischen Eisenbahnfiskus in den Besitz eines großen Geländes gelangt, das von der Eisenbahn, der Parkallee, der Hollerallee und dem alten Herdentorsfriedhof eingeschlossen wird. Diese Fläche war noch nicht bebaut, aber ihrer günstigen Lage wegen für die Bebauung vortrefflich geeignet. Da erbot sich nun Franz Ernst Schütte in einer Eingabe an den Senat, dieses nach Abzug des Straßengrundes etwa 112.450 Quadratmeter große Gelände für 2.500.000 Mark vom Staate anzukaufen und die Straßen auf seine Kosten anzulegen, unter der Bedingung, dass gleichzeitig der Neubau des Stadthauses beschlossen werde.«³¹

Das Junktim

Das Schütte'sche Junktim kommt nicht bei allen Abgeordneten gut an. Denn die Bürgerschaft ist damals noch nicht in freier und gleicher Wahl zustande gekommen, sondern nach dem Achtklassenwahlrecht gewählt worden: 1. Klasse, die Akademiker, 2. der Kaufmannskonvent, 3. der Gewerbekonvent, 4. die Bürger, die nicht zu den Klassen 1. bis 3. gehören, 5. die Bürger der Stadt Vege-sack, 6. die Bürger der Stadt Bremerhaven, 7. die Mitglieder der Landwirtschaftskammer, 8. die Bürger der Landgebiete.³² Man glaubt damals, dass nur die Bürger, die sich durch »Sachverstand und wirtschaftliches Gewicht« hervorgetan hätten, »einen entscheidenden politischen Einfluß haben« dürften.³³ Um überhaupt wählen zu können, muss man eine Registraturgebühr von 16,50 Mark zahlen und den Bürgereid leisten. So sind 1890 in der angeblich Freien Hansestadt nur 12.340 Bremer Männer (!) wahlberechtigt bei einer Gesamtbevölke-

rung von 155.831 im Jahre 1895.³⁴ Und um die Jahrhundertwende haben nur 20.000 von 55.000 Steuerzahlern den kostspieligen Bürgereid geleistet. Nur sie sind wahlberechtigt.³⁵

Ein süddeutscher Reisender beschreibt die Lage süffisant so: »Unter den Einwohnern gibt es angesehene und unangesehene, nämlich solche, die von Rechts wegen ein jeder Bremer ansehen und vor denen er den Hut ziehen muß, und solche, die man füglich unangesehen lassen kann. Zu den ersten gehört insbesondere der Senat. Zu den Unangesehenen gehören alle Leute, die keinem armen Teufel durch Empfehlung helfen können.«³⁶

Mit einem Wort: Die unterschiedlichen Interessen der »Klassen« treffen selbstverständlich in der Debatte am 14. Juni 1899 aufeinander, als über das Angebot Schüttes beraten wird. Den Abgeordneten Franz Holscher von der 4. Klasse, Kaufmann und Holzhändler, stört, dass man »vor zirka zwei Jahren« in den Um- und Ausbau des Stadthauses gerade 90.000 Mark gesteckt habe. Daher könne er »dem Projekt seine Zustimmung nicht geben, erst recht nicht unter den Vorbedingungen, die in der Vorlage gemacht« seien. Damit ist das Junktim gemeint. »Einen solchen Druck auszuüben auf den bremischen Staat, auf Senat und Bürgerschaft«, das sei vermutlich »wohl noch niemals vorgekommen«, empört sich Holscher. Heinrich Kupsch, Architekt und ebenfalls Abgeordneter der 4. Klasse, pflichtet ihm bei: »Es wird uns nicht zur Ehre gereichen, uns einem solchen Druck zu unterwerfen.«

Das sieht Professor Dr. Hermann Heinrich Kasten, Abgeordneter der 1. Klasse, seit 1893 Leiter der Handelsschule und »ein gewandter Redner voll umfassender Sachkenntnis³⁷«, ganz anders: Die Vorlage unterscheide sich

»von anderen Bauprojekten dadurch, dass hier gleichzeitig die Deckung der Kosten vorgesehen« sei. Er könne von daher nicht einsehen, »dass hier unrechtmäßiger Druck ausgeübt« werde.

Den fühlt der Herr Senatskommissar Dr. Albert Wilhelm Gröning natürlich auch nicht. Er erläutert die »moralische Seite« des Junktims: »Ja, meine Herren, wenn ein Bauspekulant ..., an sein Gebot eine Bedingung knüpft, die mit dem Kauf an sich nichts zu thun hat, so würde ich sagen: Das ist eine Unverschämtheit, darauf können Senat und Bürgerschaft nicht eingehen.« Das Protokoll vermerkt Rufe wie: »So ist es auch!« und: »Sehr richtig!« »Der gegenwärtige Fall« liege aber »ganz anders«. Denn »die Herren, die dieses Gebot gemacht« hätten, wollten das Land ja nicht kaufen, um eine schnelle Mark zu machen, sondern sie seien »von dem Gesichtspunkt ausgegangen, daß es der allgemeine Wunsch in Bremen« sei, »möglichst bald das Stadthaus zu beseitigen«. Wenn dieser Wunsch bis dato nicht in Erfüllung gegangen sei, dann habe das nur einen Grund: Es fehle an Geld.

Senator Albert Gröning verrät, wie es zu dem Deal mit dem Mäzen Franz Schütte gekommen ist: »Es mag ein halbes Jahr her sein, als sich Herr Schütte an einzelne Herren des Senates wandte und sagte, er habe die und die Idee, ob nicht auf diese Weise zu einer Beseitigung des Stadthauses und zu einem Neubau zu gelangen wäre, dass dieses Areal von einer Gesellschaft aufgekauft würde zu einem guten Preise, der für den Staat vorteilhaft« sei, und dass dann »dieses Geld zum Neubau des Stadthauses verwendet« werde. Senator Gröning weiter: »Wir haben ihm darauf entgegnet, dass wir dieser Idee nicht unsympathisch gegenüberständen und dass es auf den Preis ankomme.« Darauf habe sich

Herr Schütte »mit anderen Herren in Verbindung gesetzt, es wurde über den Preis verhandelt, und die Sache« sei »so weit gekommen, wie sie jetzt ist. Es soll eine Aktiengesellschaft gegründet werden mit zwei Millionen Kapital, und dazu kommen eine halbe Million, die von zehn Herren gezeichnet ist mit dem so genannten Stifterschein ... Die ganze Sache ist von den Herren, die sich beteiligt haben, lediglich zu dem Zwecke unternommen worden, um den Abbruch des Stadthauses und den Bau eines monumentalen Gebäudes an Stelle des Stadthauses zu ermöglichen ... Ziehen Bürgerschaft und Senat es vor, das Stadthaus stehen zu lassen, ist die ganze Sache erledigt« und die »Herren« verzichten auf den Grundstückskauf. Allerdings habe der Senat darauf seinerseits verzichtet, dieses Junktim in den Kaufvertrag zu schreiben, »weil es nicht angemessen schien, dass der Staat gegenüber Privatleuten eine derartige vertragmäßige Verpflichtung« übernehme. Die »Herren« seien einverstanden und vertrauten dem Senat aufs Wort. Sie wüssten selbstverständlich, dass »bekanntlich ein Beschluß von Senat und Bürgerschaft zurückgenommen werden« könne. Aber darauf »wollen die Herren es ankommen lassen«. Wenn der Neubau des Stadthauses »nicht im Prinzip beschlossen« werde, dann behalte »das Konsortium sein Geld und der Staat sein Areal«. Basta!

Keine Unterstützung für das Großkapital

Ein Grund für Kritik ist der Verdacht, Schütte wolle sich durch den Kauf des Landes eine goldene Nase verdienen. Der Abgeordnete Johann Heinrich Kupsch bringt es auf den Punkt: Der Staat könne »innerhalb von zehn Jahren mindestens das anderthalbfache« dessen Erlösen, wenn er das Land nicht



Senator Dr. Albert Wilhelm Gröning

an Schütte verkaufe. Wörtlich: »Der Staat solle möglichst vermeiden, das Großkapital noch zu unterstützen.«

Diese Unterstellung weist der Abgeordnete Prof. Dr. Heinrich Hermann Kasten empört zurück: »Nach der Wirksamkeit, die Herr Schütte im öffentlichen Leben« bis dato »gezeigt« habe, könne man von ihm erwarten, »dass er von derselben Motivation getrieben« werde, »die ihn auch veranlasst« habe, »den Umbau des Domes in die Hand zu nehmen und sich für den Bürgerpark, für den Schütting thatkräftig zu interessieren«. Und was die Sache mit dem »Geschäft« angehe, so hänge das davon ab, wie schnell man die Grundstücke an den Mann bringe: Werde das Terrain in 15 Jahren verkauft, sei es »ein gutes Geschäft«, verkaufe man es in 20 Jahren, so sei es »ein mäßiges«, und dauere es noch länger, sei es »ein schlechtes Geschäft«.

Kupsch plädiert dafür, dass das Land hinter dem Rembertitunnel unverkauft bleibe. Der Abgeordnete Friedrich Schäfer von der 2. Klasse meint, der »gebotene Preis« sei nicht als »günstig zu bezeichnen«. Er sieht zwar ein, dass man mehr bezahlen müsse, wenn man einen Sack Kaffee kaufe als hundert, ebenso müsse man, wenn man ein Grundstück für zweieinhalb Millionen Mark kaufe, billiger kaufen, als wenn man ein kleines Grundstück kaufe. Mit Kaffee kennt sich Schäfer aus, ist er doch Besitzer einer Kaffee-Lohnrösterei.

Natürlich knöpft sich Senatskommissar Gröning die Unterstellung vor, man verschleudere das kostbare Areal: »Was hilft es zu behaupten, das Areal sei so und soviel wert, wenn die Leute, die allenfalls geneigt wären ihr Geld hineinzustecken, das nicht glauben wollen und ihr Geld lieber in der Tasche behalten?« Natürlich könne man »leicht behaupten« – und er könne das leider nicht wi-



Häuser der Parkland-Aktiengesellschaft in der Slevogtstraße

derlegen – »dass der Staat, wenn er selbst die Grundstücke ausschaltete, schließlich mehr dafür bekomme«. Er »glaube das aber nicht«. Die Folge sei vielmehr, man habe das Stadthaus »noch mindestens zehn Jahre« an den Hacken.

Absurd findet der Senatskommissar den Hinweis der Presse, »der Neubau des Stadthauses solle aus dem laufenden Haushalt bestritten werden«. Senator Gröning schneidend: Es sei »für jeden, der das Budget kennt, klar, dass wir drei bis vier Millionen oder wie viel es sein wird, was wir für das neue Verwaltungsgebäude für die Polizei und den Neubau an Stelle des Stadthauses haben müssen, nicht in ein paar Jahren während der Bauzeit aus dem laufenden Haushalt bezahlen können. Dazu reichen die Einnahmen nicht aus.« Natürlich könne man »das Baukapital« anleihen und in 25 Jahren aus dem laufenden Haushalt abbezahlen. Man habe mit der Abzahlung des Gerichtsgebäudes in Höhe von ca. 140.000 Mark aber jährlich bereits genug zu berappen und er, der Senatskommissar für die Finanzen, habe »durchaus keine Neigung, zu obiger Summe noch weitere 120.000 bis 160.000 Mark hinzuzufügen«.



Blick auf den »Elefanten« in der Gustav-Deetjen-Anlage auf dem Gelände des ehemaligen Herdentorsfriedhofs

Der Architekt Johann Heinrich Kupsch schlägt vor, man solle »die Bauplätze einzeln verkaufen«, so würden »sehr viele Private und Bauunternehmer (vermutlich auch Architekten!) die Vorteile genießen, die jetzt das (Schütte'sche) Konsortium haben« werde.

Auch Johann Phillippp Rippe, von Beruf ebenfalls Architekt, findet, dass das Land hinter dem Rembertitunnel verschleudert werde. Er rät daher, die Mitteilung des Senats vom 26. Mai 1899, betreffend »Neubau des Stadthauses und Verkauf des Areals jenseits des Rembertitunnels«, abzulehnen.

Davon hält der Senatskommissar Dr. Albert Wilhelm Gröning überhaupt nichts. Er freut sich, dass »die Bürgerschaft eine Kommission niedersetzen« wolle. Denn der Senator ist »überzeugt, daß, wenn in einem engeren Kreise von neun Mitgliedern die Sache gründlich und eingehend erörtert« werde, »die große Mehrheit der Kommission für die Sache gewonnen werden« könne. Der Protokollant notiert in Klammern: »Zuruf: Abwarten!« Worauf der Herr Senator, vermutlich im Umgang mit

Kommissionen erfahren, nur cool antwortet: »Es wird sich ja finden.«

Der Friedhof und die Pietät

Der Abgeordnete Kupsch plädiert dafür, dass »das Kirchhofsareal unberührt« bleibe. Die Rede ist vom Herdentorsfriedhof. Er verdankt seine Existenz den Franzosen. Die hatten während ihrer Herrschaft über Bremen 1810 bis 1813 aus hygienischen Gründen das Beerdigen in der Altstadt verboten. Deshalb wird hinter der Bahnlinie am 1. September 1813 der Herdentorsfriedhof eingeweiht, aber bereits 1875 aufgegeben.³⁸ Schütte will das Gelände 30 Jahre unbebaut lassen.³⁹ Der Abgeordnete Kupsch fordert, »mindestens 60 Jahre«. Das verlange »die Pietät«. Er konzediert: »Pietät kostet allerdings Geld.«

Es dürfte Heinrich Kupsch posthum freuen, dass das Gelände zwischen Gustav-Deetjen-Allee und Blumenthalstraße bis auf das »Kolonialehrenmal« bis heute ungenutzt blieb.

Gesunde Finanzierung

Um die Abgeordneten zur Zustimmung zu bewegen, fasst Senator Gröning zu-

sammen: Es komme darauf an, »wie viel Wert man darauf« lege, »das alte Stadthaus zu beseitigen und es durch einen der Umgebung würdigen Neubau zu ersetzen«: Er, der 60-jährige Senator, würde sich »sehr freuen«, wenn er das noch erlebe. Er droht: »Wenn es jetzt abgelehnt« werde, sei »die Hoffnung« auf ein neues Stadthaus »illusorisch«.

Um die Abgeordneten zur Zustimmung zu bewegen, erklärt er: Die Finanzierung halte der Senat »für gesund«, weil der »kapitalisierte Pachtwert höchsten 100.000 Mark« betrage, das Gelände aber »für 2.500.000 Mark verkauft werden« solle. Er empfiehlt daher die Annahme der Vorlage.

Klassenkämpferische Töne

Damit ist die Debatte aber noch nicht beendet. Denn Carl Albert Tippenhauer, Käsefabrikant und Abgeordneter der 4. Klasse, kann sich überhaupt nicht mit dem Deal anfreunden. Auch er stimmt klassenkämpferische Töne an: Er habe bei der Rede des Senators geglaubt, dass »wir in Bremen schon vor dem Bankrott stünden und nicht wüßten, woher wir das Geld nehmen sollten«. Tippenhauer hatte vorgeschlagen, den Neubau via Lotterie zu finanzieren. Das ist der Versuch, die zahlungskräftigeren Bremer den »Prachtbau« finanzieren zu lassen. Er deutet an: »Wir in der 4. Klasse haben andere Verpflichtungen.« Man verkaufe »wertvolle Grundstücke zu zweieinhalb Millionen, um einen Luxusbau« hinzuklotzen, zu dem die Bürgerschaft »wahrscheinlich noch zweieinhalb Millionen dazu bewilligen« müsse. Und »nachher« werde in der Debatte beraten, »die ärmsten Mitbürger durch Herabminderung der Einkommensteuer zu entlasten«. Da könne die Bürgerschaft »nicht gut sagen, die 78.000 Mark«, auf die der Staat verzichten müsste, »können wir nicht ent-

behren«. Es würde »in der Bevölkerung nicht gut verstanden«, wenn man »auf der einen Seite Mittel« für einen »Prachtbau« bewillige, »auf der anderen Seite aber eine notwendige Reform der Einkommenssteuer« unterlasse.

Da Carl Albert Tippenhauer es »nicht über sich gewinnen kann, das Geld dafür zu bewilligen«, schlägt er vor, »die Facade für 100.000 bis 200.000 Mark in dem Stil des Rathauses oder der Börse« aufzupolieren. Ein derartiges Aufpolieren könne er »rechtfertigen«, denn es stimme ja, das Stadthaus sei »von außen sehr nüchtern«. Die Mauern des Stadthauses seien aber »so fest, dass es noch ein paar hundert Jahre stehen« könne. Daher schlägt er vor: »Wir lehnen die Vorlage rundweg ab.«

Überschuss an den Staat!

Gustav Adolf C. Georg Pagenstecher, Abgeordneter des Kaufmannskonvents, bedauert, »dass die Herren, die sich dafür ins Zeug gelegt« hätten, »dass wir dieses scheußliche Ding loswerden, in der Debatte ... schlecht gemacht worden« seien. Er habe die Liste der Herren, »die 500.000 Mark Stifterscheine gezeichnet« hätten. Er stelle sie gern zur Verfügung, deutet aber zuvor schon mal an, es handle sich um »dieselben Herren, die bei allen gemeinnützigen und wohltätigen Unternehmungen, die unser Bremen« beträfen, »Errichtung von Denkmälern, Kirchenbauten u. dergl. an der Spitze« stünden.

Pagenstecher: »Nun darf man diesen Herren doch nicht zutrauen ..., einen Riß dabei machen zu wollen.« Er möchte »dringend bitten, nicht zu sagen, dass die Zeichner ein recht gutes Geschäft machen« wollten. Er sei sich vielmehr als Kaufmann sicher: »Das Geschäft ist sehr zweifelhaft.« Er fügt hinzu: »Es geht mal auch rückwärts; es

geht gar nicht immer vorwärts... Wir sind doch Kaufleute, und wir müssen mit dem Zinsverlust rechnen.« Sein Fazit: »Wenn wir uns darüber freuen wollen, dass das Stadthaus umgebaut wird, so ist hier die beste Gelegenheit geboten, ohne dass wir tief in den (Staats-) Säckel greifen müssen.« Er schlägt vor, die Vorlage zunächst »an eine Kommission von neun Mitgliedern zur Berichterstattung« zu geben.

Die Wahl der Kommission geht komplikationslos über die Bühne. »Da andere Vorschläge nicht erfolgen, werden die Herren G. Bollmann, Groninger, Garves, Richter Grote, Lonke, Richter Mohr, Rippe, Schulvorsteher Schäfer und Wuppesahl per Acclamation gewählt.« Mit den Abgeordneten Garves und Rippe sitzen interessanterweise zwei Abgeordnete in der Kommission, die gegen den Neubau sind.

Gegen Ende der Debatte schlägt der Abgeordnete und Zigarrenfabrikant Friedrich Garves vor, wenn »die Gesellschaft absolut keinen Vorteil aus der Sache« ziehen wolle, dann solle sie doch einen kleinen »Passus« in den Vertrag setzen, »dass ein etwaiger Überschuss dem Staate zur Verfügung gestellt« werde. »Das würde ... nicht die Vermutung aufkommen lassen«, dass es den Herren um »ein gewinnbringendes Geschäft« gehe.

Allerdings ist es nicht dieser Vorschlag des Abgeordneten Garves, der Schütte reagieren lässt. Es wurde vielmehr »in der Kommission von *beachtenswerter Seite* die Ansicht angesprochen, dass die Grundstücke der Stadt Bremen ... eine erhebliche Wertsteigerung erfahren dürften und demnach die Parkland-Aktiengesellschaft ... bei dem Erwerb des städtischen Terrains einen erheblichen Nutzen realisieren« werde, wie Franz Ernst Schütte dem Vorsitz der Kommission, Richter Dr. Franz

Friedrich Mohr, schreibt. Das Schreiben liegt der Bürgerschaft auf ihrer Sitzung am 5. Juli 1899 vor.

Mit »*beachtenswerter Seite*« ist selbstverständlich für den Multimillionär und Großmäzen Schütte nicht ein Abgeordneter der 4. Klasse wie Friedrich Garves gemeint. Gott bewahre! Hinter dieser Formulierung verbirgt sich kein Geringerer als der Katasterdirektor Gerhard Heinrich Lindmeyer. Er vermerkt in seinem Gutachten: Es könne »mit guter Sicherheit angenommen werden, dass die Realisation der Bauplätze auf dem hier fraglichen Areal in spätestens 20 Jahren vollzogen sein« werde. »Bei aller Vorsicht, die durchaus am Platze« sei, spreche »doch eine sichere Vermutung dafür, dass in den kommenden 20 Jahren der Grundwert durchschnittlich mindestens 10 Prozent höher sein« werde »wie jetzt«. Der »gegenwärtige Wert des Areals an der Parkallee« sei »auf 2.700.000 Mark zu bemessen«.

Das mit dem »höheren Grundwert« bezweifeln die Herren Edzard und Michaelis in ihrem Gutachten. Es sei »eine zu denken gebende Tatsache, dass an besseren Wohnhäusern kaum je Geld verdient, dagegen das Geld in der Regel verloren« werde. Sie führen zum Beweis die »Immobilienwerte am Dobben, Sielwall, Mathilden-, Bismarck-, Herder-, Besselstraße, ja selbst Contrescarpe und Kohlhöckerstraße«, wo die Schütte'sche Villa steht, an, die »in den letzten 10, 20 Jahren nicht gestiegen, sondern eher gefallen« seien. Auch sei »der Zuzug kaufkräftigen Publikums nach Bremen speziell der sehr teuren Lebenshaltung« wegen »sehr gering«.

Franz Ernst Schütte teilt die Meinung des Katasterdirektors selbstverständlich nicht. Er ist im Gegenteil »überzeugt, dass die Gewinnchancen für die Aktionäre ausgeschlossen sein wür-



Der Rechnungsführer der Deputation für den Stadthausneubau: Heinrich August Wuppesahl - Gemälde von Prof. Leo Samberger

den, wenn der Gesellschaft nicht ein verantwortliches unkündbares Kapital von 500.000 Mark gegen Stifterschein zur Verfügung gestellt wäre, welche Anspruch nur auf ein Drittel eines etwaigen Gewinns« hätten. Da aber die meisten Aktionäre der Parkland-Aktiengesellschaft »gleichzeitig Zeichner der Stifterscheine« seien und letztere lediglich den Neubau des Stadthauses zu fördern »bezweckten, verzichteten die Aktionäre, auf ihren etwaigen halben Gewinn an dem Unternehmen zu Gunsten des Bremer Staates«.

Fazit: Die Stadt macht ein Bombengeschäft. Denn da das Geschäft der Parkland-Aktiengesellschaft floriert, kann der Senat sich über einen Geldsegen in Höhe 2.968.750 Mark freuen.⁴⁰ Die Gesamtkosten des Stadthausneubaus betragen exakt »1.861.000 Mark«.⁴¹ Der Staat erhält mithin im Endeffekt mehr für das Areal zwischen Eisenbahn und Parkallee, als der Katasterdirektor Gerhard Heinrich Lindmeyer anfänglich gefordert hat. Es können also alle zufrieden sein.

Wer stimmt am 5. Juni 1899 zu?

Doch wir sind vorausgeeilt. Zunächst einmal muss der Landgerichtsdirektor Dr. Franz-Friedrich Mohr der Bürgerschaft am 5. Juni 1899 Bericht erstatten. Er fasst zusammen: Nach den mündlichen Erörterungen mit den Herren Edzard und Michaelis hätte »eigentlich kein Zweifel bleiben« können, »dass der Kaufpreis durchaus angemessen« sei.

Richter Dr. Mohr führt aus, dass Schütte teilweise ein Areal übernehme, das die Stadt von der Eisenbahn zurückgekauft habe und zwar zu 1,27 Mark per Quadratfuß, »allerdings Brutto«, heißt ohne Straßen. Rechne man die ein, komme man auf eineinhalb Mark.

Mohr vergisst nicht, darauf hinzuweisen, dass das ja »bekanntlich alles Bürgerweide« sei. Die Bedenken, dass man Schütte das Land zu billig verkaufe, seien natürlich obsolet, »nachdem Herr Schütte, um jeden Aufstand zu vermeiden, wie er sich in der Kommission ausgedrückt« habe, das obige Angebot gemacht habe. Heißt: Es werde jetzt wohl »keine Schwierigkeiten« mehr geben, »anzuerkennen, dass der Vertrag ... eine so außerordentlich günstige Veräußerung« sei, »wie sie sonst schwerlich möglich sein« werde. In der Kommission sei »nicht bestritten worden, dass der Senat Räume zur Repräsentation« brauche; »Räume, die sowohl in Hamburg wie Lübeck vorhanden« seien. Auch in Preußen seien »bei verschiedenen Behörden derartige Repräsentationsräume« selbstverständlich.

Hinzu komme die »ästhetische Seite«. In letzter Zeit sei für die Ästhetik auf dem Marktplatz und dem Domschhof viel geschehen, da falle »die Häßlichkeit des Stadthauses immer mehr auf«. »Bis auf einen Herrn sei man sich einig gewesen, dass auch dem alten Hause keine neue Schürze vorgebunden werden könne, die es irgendwie schöner erscheinen ließe.«

Richter Dr. Mohr kommt auch auf das »Zurückspringen« des neuen Stadthauses zu sprechen. Er gibt dafür zwei Gründe an: Das Haus müsse »im Verkehrsinteresse und im ästhetischem Interesse« so wenig wie möglich zurücktreten, »um die Geschlossenheit der Plätze« aufrechtzuerhalten. Angedacht seien zweieinhalb oder vier Meter.

Mohr verrät ferner, es geistere ein »wunderlicher Gedanke« durch die Stadt, man wolle das alte Stadthaus abreißen, um Platz für ein Bismarckdenkmal zu machen. An so etwas denke in der Bürgerschaft niemand. Allerdings

diene das »Zurückspringen des Stadthauses« insofern dem Denkmal, weil es »an irgend einem dazu bestimmenden Platz« zwischen Domshof, Dom und Stadthaus hingesetzt werden solle. Den Zuruf, so werde der olle Bismarck ja »ein Stehimwege«, hält Mohr für »geistreich«.

Der Richter klärt die Bürgerschaft außerdem darüber auf, dass der Neubau des Stadthauses ein bis eineinhalb Millionen Mark und das Verwaltungsgebäude, in das Polizei und die Armenverwaltung einziehen solle, zwei bis zweieinhalb Millionen Mark kosten würden. Und da man zuerst mit dem Verwaltungsgebäude beginnen wolle, käme es erst »nach frühestens drei Jahren zum Abriß des Stadthauses«. Natürlich könne es Verzögerungen geben, aber diese könnten nicht länger als maximal sieben Jahre dauern. - Damit hat Mohr sich allerdings verschätzt, denn erst nach zehn Jahren kommt es anno 1909 endlich zum Abriss des »Schandmals«.

Fazit seines Berichts: Die Mehrheit der Kommission befürwortet, dem Antrag des Senats zuzustimmen, »das Stadthaus niederzulegen und ein neues Stadthaus zu bauen«.

Der clevere Plan, die Hauptkritiker in die Kommission einzubinden, um sie so zu zähmen, geht nicht auf. Beide Opponenten reiten weiter ihr Steckenpferd, der Abgeordnete Rippe kämpft für seine »Schürze« - heißt, er will das alte Stadthaus so umbauen, wie das Palatium einst aussah - und der Abgeordnete Garves schafft es gar, seinen Wunsch nach neuen Räumen für die Bürgerschaft im Bericht der Kommission unterzubringen.

Auch in der Debatte beherrschen die üblichen Verdächtigen das Feld. Unter den Abgeordneten melden sich überwiegend Gegner des Stadthausneubaus zu Wort, während zur Verteidi-

gung ausschließlich Senatoren antreten. Neue Argumente tauchen kaum auf, außer dass man den Gutachtern Edzard und Michaelis vorwirft, sie seien parteiisch, und der Abgeordnete Garves sich mokiert, die Kommission habe die Sache »in 14 Tagen in vier Sitzungen« übers Knie gebrochen.

Der Abgeordnete Franz Holscher rechnet vor, dass der Kasterdirektor Lindmeyer das Grundstück um 200.000 Mark höher ansetze. Das sei »ein schönes Stück Geld«: »Wir können das prachtvoll gebrauchen.« Wenn das Schütte-Konsortium nicht bereit sei, die Summe noch obendrauf zu legen, müsse man eben »ein Konsortium finden, das dasselbe Geld« bezahle und zwar »ohne die Bedingung«, damit ein neues Stadthaus zu errichten. Die Abgeordneten Garves und Holscher plädieren deshalb dafür, die Vorlage rundweg abzulehnen.

Das ruft den Senator Karl Friedrich Heinrich Stadtländer auf den Plan. Er, ein Nationalliberaler, seit 1890 Senator und 1912 sowie 1914 Bürgermeister bzw. Präsident des Senats, der 1877 die Bremer Lagerhausgesellschaft und 1903 zusammen mit Franz Schütte und Bürgerschaftspräsident Rudolph Quidde den Verkehrsverein gründet, reißt mit einer emotionalen Rede das Ruder herum, wenn die schweigende Mehrheit der 1. bis 3. Klasse nicht sowieso darauf programmiert ist, dem Antrag zuzustimmen.

Stadtländer knöpft sich die Abgeordneten Garves und Holscher vor und verklart ihnen, man könne »den Herren Edzard und Michaelis« leicht vorwerfen, sie seien »parteiisch«, aber »das Gutachten« beruhe »auf Thatsachen«. »Das Ganze« sei kein »Geschäft für das Konsortium« von Franz Schütte. Und wenn der Katasterdirektor zu einem anderen

Ergebnis gekommen sei, dann deshalb, weil er sich bei den Straßenbaukosten verrechnet habe. Was den prognostizierten Profit angehe, ist der Senator skeptisch. »Lassen sie ... eine Friedensstörung eintreten, dann werden Handel und Wandel stocken, oder eine Finanzkrise ... so verzögert sich das Steigern der Grundstückswerte sofort auf eine Reihe von Jahren.«

Da Herr Schütte ja die Hälfte des Gewinns dem Staat geben wolle, »können wir uns den ausschweifendsten Hoffnungen hingeben, daß eine große Menge Geld für den Staat dabei herauskommt«. Deshalb solle man nicht lange zögern, sondern das Angebot Schüttes annehmen.

Auch das Totschlagargument vom »Luxusbau« knöpft der Senator sich vor. Er hält es für ein »hingeworfenes Stichwort«. Er fragt: »Haben unsere Vorfahren gar den Rathausbau mit seinem Schmuck als einen Luxusbau angesehen?« Er rät den Kritikern: »Sehen Sie sich andere Städte an, was für öffentliche Gebäude haben die.« Er wolle gar nicht »von dem prachtvollen Hamburger Rathaus sprechen, sondern nur von Städten, die nicht Staaten sind«. Was da in den letzten Jahren an »Einrichtungen, Bureaus und Dienstwohnungen« gebaut worden sei, daran könne man in Bremen nicht mal denken. Er könne nur festhalten, Bremen sei da »außerordentlich zurückgeblieben«. Das neue Stadthaus sei »kein Luxusbau«, sondern »zur würdigen Repräsentation Bremens« unbedingt »notwendig«.

Nachdem Senator Stadtländer die Argumente der paar Kritiker widerlegt zu haben glaubt, appelliert er emotional an sie, sich einen Ruck zu geben und zuzustimmen: »Heute wird die Bürgerschaft sich scheiden in solche, welche eine gute und günstige Gelegen-

heit frisch zu ergreifen verstehen, und solche, welche bemängelnd daneben stehen und nicht zum Entschluß kommen können. Deshalb freue ich mich, daß eine namentliche Abstimmung stattfinden soll.«

Das heißt, niemand kann im Schatten der Anonymität »Nein« sagen. Denn es geht schließlich um hanseatischen Patriotismus: »Ist es denn für uns nicht eine Freude, daß wir das Stadthaus, das in der traurigsten Zeit unseres Vaterlandes, nach den französischen Kriegen, in der traurigsten Zeit für Bremen gebaut ist, jetzt beseitigen können in der Zeit des neuen Deutschen Reiches, in der Zeit, die unter dem Zeichen des Verkehrs steht, in der Zeit, in der die Hansestädte zu neuer Blüte und zu neuen Ehren kommen wegen ihrer überseeischen Beziehungen und dank der großartigen thatkräftigen Förderung, die gerade diesen Bestrebungen unser Kaiser zuteil werden lässt, in einer Zeit, wo wir bestimmt darauf rechnen, dass wir unsere selbsterrungene Stellung nicht nur behaupten, sondern wesentlich weiter heben werden? Und da sollten wir nicht den Mut haben, dieses Werk zu unternehmen? So sind die Zeiten, wie ich sie geschildert habe und nicht so, wie die bedenklichen Herren sagen.«

Um eventuell zögerliche Abgeordnete zu sich herüberzuziehen, weist der Senator darauf hin: »Denken Sie auch daran, daß im nächsten Jahre die Architekten und Ingenieure Deutschlands hier tagen werden.« - Gemeint ist die Wanderversammlung des Verbandes deutscher Architekten- und Ingenieurvereine, die vom 2. bis 5. September 1900 in Bremen geplant ist. - Es sei doch wohl klar, dass diese Herren einmütig der Meinung seien: »Wie hässlich ist dieses Stadthaus neben den anderen herrlichen Bauten!« Da sei es



Senator Karl Friedrich Heinrich Stadtländer

doch geradezu »eine Freude«, wenn man den Herren mitteilen könne: »Der Entschluß ist gefasst, dieses Stadthaus abzubauen ..., bitte, ihr Architekten, bemüht euch mit Plänen, dass wir bald ein schöneres, würdigeres Haus an dieser Stelle haben.«

Diesen Aufruf zum Ruck verbindet der Senator mit einer Würdigung des Initiators. Herr Schütte sei in der Kommission gehört worden und er glaube, er habe »auch auf die Opposition den Eindruck gemacht, dass er nur Edles, Gutes bei dieser Sache im Sinne« habe.

Zum guten Schluss wird der Senator lyrisch. »Wir wünschen alle, dass das Gewand, welches unsere Brema trägt, in immer reicheren Falten falle und immer schöner geschmückt werden möge. Der silberne Gürtel dieses Gewandes ist unsere Weser. Dieser Gürtel war ausgefranst und zerrissen und wir haben in unserem Oberbaudirektor Franzius den rechten Mann gefunden, der den Gürtel wieder in die rechte Verfassung ... bringt.« Herr Schütte möchte er »mit einem edlen Goldschmied vergleichen. Er hat sich zur Spezialität gemacht, unsere Brema zu schmücken. Sein Verdienst ist es im wesentlichen, dass wir am Saum ihres Gewandes den smaragdgrünen Bürgerpark haben. Jetzt hat er seine Kraft auf die Brust unserer Brema, wo das Herz unseres öffentlichen Lebens schlägt, gewandt. Ich weise nur hin auf den Dom und den Schütting.« - Beim »Schütting« ist der um 1895 beschlossene Umbau der Marktfassade zu einem »Paradestück des Historismus« gemeint, dessen »Löwenanteil« Schütte übernimmt und die der Dombaumeister Max Salzmann ausführen soll.⁴² - »Und nun hat Franz Schütte sich zur Aufgabe gesetzt, an die Stelle des Stadthauses, das allein noch diesen herrlichen Platz verunziert, ein

würdiges, schöneres Stadthaus zu setzen. Dafür sollte ihm volle Anerkennung zuteil werden.«

Stadtländer schließt mit dem Hinweis: »Meine Herren, ich bin überzeugt, die Bürgerschaft wird ihrer Brema dieses neue Schmuckstück nicht versagen.«

Der Senator behält recht. Die namentliche Abstimmung erbringt 116 Ja-, 26 Nein-Stimmen und eine Enthaltung. Die uns bereits bekannten Abgeordneten Friedrich Garves, Franz Holscher, Johann Heinrich Kupsch, Johann Rippe und Carl Albert Tippenhauer stimmen natürlich mit »Nein«.

Keine der 26 Nein-Stimmen kommt von einem Mitglied der 1. Klasse. Lediglich die Kaufleute Johann Grimmenstein und Ernst Friedrich Heinemann aus der 2. Klasse haben sich nicht einwickeln lassen. Aus der 3. Klasse stimmen Friedrich Schäfer und der Lehrer Johann Heinrich Schäfer für »Nein«. Die überwältigende Mehrheit der Nein-Stimmen kommt aus der 4. Klasse, und zwar 21, das sind 81 Prozent. Zwei kommen von Mitgliedern der 8. Klasse, und zwar von Heinrich Hartmann aus Hastedt und Hinrich Hortmann aus Woltmershausen.

Unter den 116 Ja-Stimmen sind zehn aus der 4. Klasse. Der Abgeordnete Heinrich Weller, Kaufmann, Zigarrenfabrikant und Betreiber eines Versandgeschäfts, enthält sich als Einziger der Stimme. Er sieht nicht ein, dass die zweieinhalb Millionen Mark nicht zwecks Schuldentilgung im Staatssäckel landen.

Die namentliche Abstimmung hat eine nachhaltige Wirkung. Denn unter den 24 für die »Deputation betreffend den Neubau des Stadthauses« in der Bürgerschaftssitzung vom 12. Juli vorgeschlagenen Abgeordneten sucht man die bekannten Gegner des Neubaus vergeblich.

382

5. Juli 1899.

Mit Ja stimmten die Herren:

Abbehusen, Aug.
 Adeltis, Friedr.
 Adeltis, Just.
 Adams, Dr. jur.
 Adicks, C. R. F.
 Bachof, Professor Dr. phil.
 Bartels, C. W.
 Bauer, J. F.
 Behrens, A. L. F.
 Bergfeld, G.
 Bischoff, F.
 Bischoff, J. G.
 Bollmann, Gerh.
 Bömers, G. F. E.
 Böttcher, Max.
 Breitenlamp, C. J.
 Brenecke, C. W.
 Brückmann, A.
 Bruckmeyer, F. W. L.
 Bulling, Dr. jur.
 Bussemann, Chr. Aug.
 Deppen, Joh.
 Dolder, A. A.
 Dreyer, Dr. jur.
 Eagers, G. H.
 Erdmann, Dr. phil.
 Fink, G.
 Finger, C.
 Franke, J. Aug.
 Freese, J. H. Christ.
 Groninger, V. F. A.
 Grote, Richter Dr.
 Gruner, Th.
 Haas, Wilh.
 Hegeler, Herm. D.
 Heins, A. G. G. F.
 Henrich, F.
 Hergt, Professor Dr. phil.
 Hejmeyer, D. F. jr.
 Heumann, Dr. jur.
 Hilber, Carl.
 Kahrs, D. H.
 Kahrs, J.
 Kämeno, Fr.
 Kämeno, Joh.

Mit Nein stimmten die Herren:

Bauer, G.
 Behrens, Ferd.

Kasten, Professor Dr. phil.
 Kirchhoff, Richter Dr.
 Krieger, Hinc.
 Köner, Ric.
 Krome, G. F. Th. G.
 Kropp, D. jr.
 Krug, C. E.
 Kulenampff, Casp.
 Lamde, G. W.
 Lampe, D.
 Lange, G. L. F.
 Lehmann, Heintz.
 Leisenh, Lambert.
 Robitmann, G. R. J. E.
 Loges, J. G.
 Lonke, D. H.
 Lund, A. F. W. J.
 Lürmann, Richter Dr.
 Lüttele, W. L.
 Metling, Dr. jur.
 Meyer, Philipp Ed.
 Michaelis, C. F. W.
 Mohr, Richter Dr.
 Nebelthau, Synd. Dr. jur.
 Nolze, Direktor G. A.
 Pagenstecher, G.
 v. Pustau, Dr. jur.
 Rastow, Gust. G. F.
 Riens, A. G.
 Rostkus, L. W.
 Schärenbeck, J.
 Schlenker, W. W.
 Scholle, Heintz.
 Schrage, J. L.
 Schütte, G. G.
 Schwally, A. G.
 Smidt, Joh.
 Straube, A.
 Strudmann, Helmer.
 Tiedeman, Joh. jr.
 Viehs, G. F. H.
 Will, H. A.
 Wobbe, A. F.
 Wuppesahl, G. A.

Büsing, J. G.
 Garbe, A. D.
 Garbes, Friedrich.
 Grimmenstein, J.
 Hartmann, G.
 Hartwig, G. W.
 Heinemann, Ernst Friedr.
 Heinen, Theod.
 Holscher, Franz.
 Hornmann, G.
 Kahlé, Carl

Kupisch, J. G.
 Lanfau, G.
 Logemann, J. G.
 Lüdemann, Heintz.
 Oudemann, Johs.
 Otten, Herm. jr.
 Rippe, Joh.
 Schäfer, J. G. Friedrich
 Schäfer, J. G. Heinrich
 Sudbring, G. F. jr.
 Tappenhauer, G. A.

Es enthielt sich der Abstimmung Herr Weller.

Abwesend waren die Herren:

Beder, Dr. med.
 Böhcker, G. W. jr.
 Bollmann, Johann.
 Brauns, Joh. Heintz Carl.
 Cramer, A. W.
 Eysemann, Rich.
 Fretz, Hermann.
 Frey, J. G.
 Garbade, Bernh.
 Gerlach, J. G.
 Grifstedt, C. F.
 Grottenbied, Carl A.
 Hasers, G. E. jr.
 Hagemann, Stadtdirektor.
 Hartmann, Carl.
 Knickmann, Friedr.

Leuer, J. G.
 Meyer, Werner.
 Nagel, W. H.
 Neufsch, Friedr. Wilh.
 Raben, Richter Carl.
 Rathkamp, A. L. G.
 Schäfer, Heintz.
 Schöder, W. G.
 Solte, C.
 Surmann, Johs.
 Tiedemann, G. A. A.
 Tidemann, Dr. med.
 Uhlenschoff, W.
 Vogt, J. D. jr.
 Wolf, Dr. jur.
 Wülfses, Joh.

Präsident: Es haben gestimmt 115 Herren, 88 mit Ja, 28 mit Nein. Der Antrag ist angenommen.

Präsident: Es liegt noch eine Sache vor, die sehr kurz erledigt werden kann: Wahl der Kommission für die Beamtengehälter.

Nr. III der Tagesordnung:

Wahl einer Kommission, betreffend Beamtengehälter.

Herr Garbe: Ich erlaube mir vorzuschlagen die Herren Bömers, Direktor Bruckmeyer, Holscher, Hornmann, Richter Dr. Barman, Dr. Metling, Strudmann, Tiedemann und Weller.

Präsident: Da keine weiteren Vorschläge erfolgen, kann ich die Herren als per Acclamation gewählt erklären.

Schluß der Sitzung 9 Uhr 24 Minuten.

Das Ergebnis der Abstimmung vom 5. Juli 1899 im Bürgerschaftsprotokoll

Gewählt werden (in Klammern die Klasse) die Richter Dr. Johann Hermann Grote (1.) und Dr. Gerhard Heinrich Kirchhoff (1.) sowie folgende Abgeordnete: der Kaufmann Philipp Eduard Meyer, (2.), der Direktor der Deutschen Bank Eugen Eduard Krug (2.), der »Dis-pacheur«, meint Havariierkommissar, Ludwig Friedrich Adolph Groninger (2.), der Assekuranzmakler Henrich August Wuppesahl (2.), der Bildhauer und »Stuccateur« August Abbehusen (3.), die Maurermeister Diedrich Heinrich Kahrs (3.) und Johann Kahrs (4.), der Architekt Carl Wilhelm Brenecke (4.), der Ober-

lehrer Alwin Diedrich Hermann Lonke (4.) und der Schulvorsteher aus Gröpelingen, Alexandre Carl Georg Hinrich Heins (8.).

Die Mär von der sozialdemokratischen Opposition

Das obige Ergebnis veranlasste Wolfgang Brönner augenscheinlich zu behaupten, es sei »zu heftigen Kontroversen« um die Finanzierung des neuen Stadthauses gekommen, »die insbesondere durch die Haltung der sozialdemokratischen Opposition ausgelöst« worden seien.⁴³

Die Fakten: Die Sozialdemokraten sind damals zwar auf dem Vormarsch, aber bei der Wahl 1881 stellen sie mit dem Bäcker Johann Meyer lediglich einen einzigen Abgeordneten.⁴⁴ Anno 1899 sind sie mit den beiden Abgeordneten Christian Blome, 4. Klasse, und Heinrich Hartmann, 8. Klasse, in der Bürgerschaft vertreten. Nach der Wahl am 23. November 1899 sitzen dann elf Sozialdemokraten unter den 150 Abgeordneten, und zwar Fritz Ebert, Johann Imwolde, Johan Kruse, Josef Ulmer, Johann Voigt, G. H. Barthel, Gerd Wegener, Hermann Rhein und August Behrens.⁴⁵ Das Wahlgesetz verhindert, dass sie noch mehr Abgeordnete in die Bürgerschaft schicken können. Die Abgeordneten Blome und Hartmann stimmen gegen den Bau, äußern sich in der Bürgerschaft aber weder für noch gegen das Stadthaus. Die Entscheidung über den Neubau fällt bereits vor der Wahl zur Bürgerschaft anno 1899. »Heftige Kontroversen« seitens der Sozialdemokraten sucht man daher vergeblich.

Unter Umständen bezieht sich Brönner auf die Opposition des sozialdemokratischen Abgeordneten Johann Kruse im Jahr 1903. Allerdings opponiert er erst nach der grundsätzlichen Entscheidung für den Neubau. Aber Brönner hat vermutlich recht, wenn er behauptet, die »bürgerlichen Liberalen« hätten »das Weitere unter sich« ausgemacht.

Weshalb war die erste Ausschreibung ein Flop?

Die Deputation nimmt ihre Arbeit auf und, wie wir dem Bericht vom 22. Juni 1900 entnehmen können, holt sie sich von Sachverständigen Rat. Der »Sachverständigenkreis« besteht aus dem Oberbaudirektor Ludwig Franzius, Dombaumeister Ernst Ehrhardt, den Architekten

Eduard Gildemeister und Johann Georg Poppe sowie dem Künstler Arthur Fitger⁴⁶: Die sind sich einig, dass an »eine wesentliche Reduktion des Baugrundes wegen der Geschlossenheit und Individualität der beiden bedeutendsten Plätze Bremens« nicht zu denken sei.

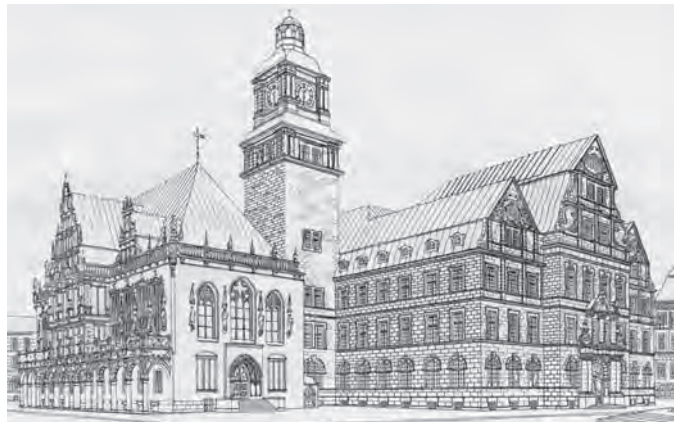
Für den ersten Wettbewerb trägt man »drei Grenzlinien ein, eine minimale mit Blaustift, eine mittlere mit Rotstift und eine Maximale mit Bleistift«. Und dann folgt eine Formulierung, die anzeigt, wie sich die »Sachverständigen« das Äußere des Neubaus vorstellen: »Türmchen, Erker, Risalite, ein Eckturm an der Ostecke, vorgelegte Arkaden mit darunter herlaufendem Trottoir an der Nordostseite« seien möglich, sofern die Bleistiftlinie nicht überschritten werde.⁴⁷

Auf der Sitzung vom 3. Oktober 1900 bittet die Deputation um die Erlaubnis, ein Programm für »die große Konkurrenz« vorzubereiten. Henrich August Wuppesahl, Abgeordneter der 2. Klasse, gibt die Marschrichtung vor: Es gehe darum, »mit dem unglücklichen Kasten aufzuräumen und an dessen Stelle ein Bremen würdiges Gebäude zu setzen«. Es solle »ein Denkmal der gegenwärtigen Kunst werden«, ein Zeugnis »der Leistungen der gegenwärtigen Kraft und des Handwerks Bremens« (!) und »ein würdiges Annex des Rathauses«. Es solle »ein Bau« entstehen, »der die Gegenwart ehrt und der künftigen Generation zum Stolz und zur Freude gereichen möge«. Der Senatskommissar, Bürgermeister Friedrich August Schultz, ergänzt, es empfehle sich, »nicht zu sehr zu zögern, als die Architekten, die hier versammelt waren, ein großes Interesse an diesem Bau geäußert« hätten. Die Ausschreibung werde »eine erhebliche Beteiligung berufener Meister finden«.

Die Hoffnung trägt nicht: »Es währte nicht lange, so begann die Kunde von der in Bremen erwachsenen und immer klarer hervortretenden Aufgabe auf Baukünstlerischem Gebiete die Teilnahme weiter Kreise zu erwecken. Der Umstand, dass es sich in dem vorliegenden Falle nicht nur um die Errichtung eines Neubaus an einer hervorragenden Stelle, wo fast bei jedem Schritt sich dem Auge ein überraschender Blick auf ein reizvolles Stadtbild entrollt, sondern auch um die Erweiterung des herrlichsten alten Baudenkmals Bremens handelte, ließ keinen Zweifel darüber, dass es dringend geboten sei, die Architekten ganz Deutschlands zur Mitwirkung aufzurufen. Das konnte aber nur durch die Veranstaltung eines öffentlichen Wettbewerbs geschehen.«⁴⁸

Mit Blick auf den Verbandstag fügt er an: »Wie sehr man damit den Anschauungen der Allgemeinheit und insbesondere den Erwartungen der Architekten entgegenkam, bewies die freudige Genugtuung, mit der die in Bremen ... versammelten Architekten die Verkündigung dieses Vorhabens aufnahmen.«

Für die Architekten wird eine »vorläufige Mittheilung über eine demnächst auszuschreibende Concurrenz für den Neubau des Stadthauses im Anschluß an das alte Rathaus zu Bremen« im August 1902 gedruckt. Sie beginnt mit dem Satz: »Es besteht die Absicht, das jetzt neben dem Rathhause gelegene Stadthaus ... abzureißen und an derselben Stelle einen Neubau auszuführen, der bei freier Wahl des Styles sich mit dem alten Rathhause zu einem harmonischen Gesamtbilde anschließt und dessen Räume *nur* zu Regierungs- und Repräsentationszwecken dienen sollen.« Dabei solle »die gegenwärtige Massenvertheilung in ihrer Hauptsache



beibehalten« werden, »denn der leidige Anblick des gegenwärtigen Stadthauses beruhe nicht auf seiner lediglich räumlichen Masse, sondern auf seiner ästhetischen Formlosigkeit«.

Ursprünglich sind im Erdgeschoss die Regierungskanzlei und das Staatsarchiv vorgesehen. An den »Oberen Rathausaal« sollen sich die Repräsentationsräume wie der kleinere Festsaal, der Senats Sitzungssaal, ein Empfangs- und Arbeitszimmer für den präsidierenden Bürgermeister, ein Raum für Civiltrauungen, verschiedene Garderoben und Wirtschaftsräume für größere Festlich-

Entwurf Helmrich Rust,
Leipzig

Oben:
Entwurf »Mit Riesen-Campanile« - Entwurf Altgelt
& Schweitzer, Berlin



Es geht auch ohne Turm –
Entwurf Hermann Max
Fritsche, Bremen

Rechts:
Ein Bremer will hoch
hinaus – Entwurf Heinrich
Mänz, Bremen



keiten anschließen. Im »dritten Geschoss« sollen »außer den Tribünen für den kleinen Festsaal« ausschließlic Sitzungssäle für Deputationen und Commissionen entstehen.⁴⁹

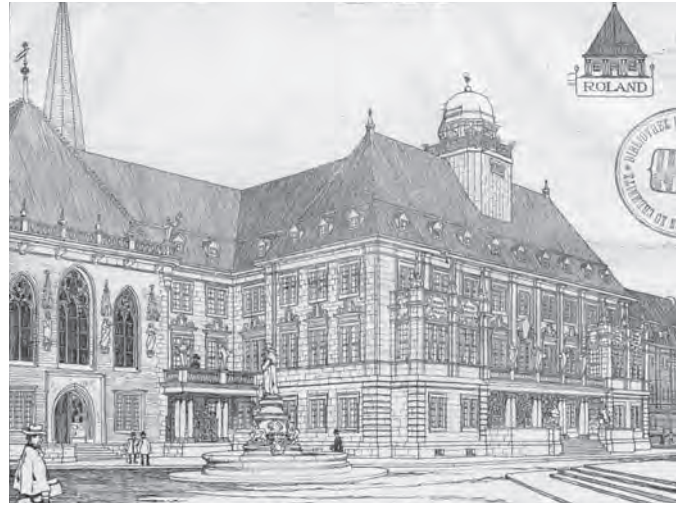
Der Hinweis auf »größere Festlichkeiten« ärgert Johann Kruse, Abgeordneter der 4. Klasse. Er fällt bei der Bürgerschaftssitzung vom 17. Juni 1903 deshalb auch gleich mit der Tür ins Haus: Die Vorlage könne »unsere Zustimmung nicht finden«. Wer »wir« ist, erfahren wir vom Abgeordneten Arnold Dietrich Garde, der die »Linken« hier erstmals im Zusammenhang mit dem Stadthausneubau outet.

Johann Kruse, einer von elf sozialdemokratischen Abgeordneten, die anno 1899 in die Bürgerschaft gewählt werden, desavouiert das neue Stadthaus als »ein Vergnügungsort für staatliche Festlichkeiten«. »Das erste Obergeschoss« werde »fast vollständig von Vergnügungs- und Repräsentationsräumen in Anspruch genommen.« Damit kennt sich der »Schenkwirt« Kruse bestens aus. Fürchtet er gar Konkurrenz des »größeren Vergnügungsetablissemments«?

Natürlich kritisiert Johann Kruse auch die Kosten. Erst sei von einer Million Mark die Rede gewesen, nun aber verlange man noch eine halbe Million mehr. Da Kruse ahnt, wofür man die halbe Million verpulvern will, holt er den linken Holzhammer heraus: »Wir sind sicher nicht gegen Kunst, aber hier wäre es angebracht gewesen, das Gebäude etwas weniger pomphaft auszustatten und dafür lieber bei unseren Schulbauten etwas mehr Kunstsinn zu betätigen.« Denn bei den Schulbauten sähen »die Fassaden oft sehr mi(e)s aus«.

Das geht dem Abgeordneten Arnold Diederich Garde, wie Kruse aus der 4. Klasse, auf den Keks. »Man« könne nicht begreifen, »weshalb Herr Kruse die Sache wieder mit den Schulen« verknüpfe. Der Kollege Kruse habe keinen Grund zu klagen: »Es gibt wohl keine Stadt, die so viel für die Schulen tut.«

Dem Senatskommissar Dr. Victor Wilhelm Marcus, »dem guten Genius des Baues«⁵⁰, seit 1887 Senator und 1905 Bürgermeister, liegt hingegen daran, darauf



hinzuweisen, dass wohl keine Stadt so wenig für ihr neues Rathaus ausbebe wie Bremen. Hannover blättere 6,7 Millionen »ohne Grunderwerb« für seinen Protzklotz hin, Leipzig sechs Millionen und München 5,7 Millionen Mark. »Das sind Zahlen«, die bewiesen, dass man in Bremen nicht »anspruchsvoll« sei, »wenn wir eineinhalb Millionen fordern«.

Der Senator macht klar, worum es geht: Es komme durch den Neubau »keine Beeinträchtigung des alten Rathauses in Frage«. Im ersten Satz der Ausschreibung weise man darauf hin. Sollten trotzdem Pläne eingereicht werden, »welche diesen Fundamentalsatz nicht berücksichtigten, so würde man sie selbstverständlich nicht akzeptieren«.

Der Senator kündigt beinahe prophetisch an, wenn die erste Ausschreibung »keine befriedigende Lösung« bringe, »so würden wir dazu schreiten müssen, eine zweite Ausschreibung vorzunehmen«.

Die 1. Konkurrenz

Der im Juni 1903 ausgeschriebene Wettbewerb wird »zu einer Angelegenheit der gesamten deutschen Kunstwelt«.

»Mit Recht« erstrecke er sich daher »auf sämtliche deutsche Architekten, die Reichangehörige«(!) seien. Von dem Neubau werde erwartet, »dass er ... sich mit dem Rathaus zu einem harmonischen Gesamtbilde vereinige und die ehrwürdige Erscheinung dieser unvergleichlichen Perle der Renaissance nicht beeinträchtigte«.

Die Frage sei: »Wie behauptet sich das alte Rathaus, wenn das schmucklose Stadthaus gefallen ist und welche Form muß das neue Stadthaus haben, damit es mit dem alten Rathauses zu dem geforderten harmonischen Gesamtbilde sich vereinigt, ohne die erwürdige Erscheinung desselben zu beeinträchtigen.« Das sei »die schwerwiegende Frage« wegen der es »überhaupt für den weitesten Kreis der deutschen Architekten ausgeschrieben« sei. Auch die Auswahl der Preisrichter mache deutlich, dass der springende Punkt das »zukünftige Wertverhältnis zwischen altem Rathaus und neuem Stadthaus mit Recht zu der ausschlaggebenden Frage in diesem Wettbewerb« gemacht worden sei, so die Deutsche Bauzeitung.⁵¹

Ein Turm muss her, mag er auch noch so hässlich sein – Entwurf Franz Thyriot, Groß-Lichterfelde

Links:
Der Entwurf mit dem 1. Trostpreis von Karl Roth, Kassel

Links:
Höher, größer, schöner? -
Entwurf W. Wagner,
Naumburg



Rechts:
Dieser Turm stellt Dom
und ULF in den Schatten
- Entwurf Carl Arend,
Hannover-Linden



Das prominent mit den Bremer Herren: Senator Friedrich August Schultz, Senator Dr. Victor Wilhelm Marcus, Henrich August Wuppesahl, Baurat Hugo Carl Wilhelm Heinrich Weber sowie dem Architekten Martin Haller, Hamburg, dem Stadtbaurat Ludwig Hoffmann, Berlin, wie den Architekten Professor Gabriel von Seidl, München, und dem Geheimen Baurat Professor Dr. Paul Wallot, Dresden, besetzte Preisgericht macht sich am 18. Februar 1904 in der Kunsthalle unter Vorsitz von Bürgermeister Friedrich August Schultz an die Arbeit und sichtet in drei Tagen die 105 Entwürfe, die in den beiden Skulpturensälen der Kunsthalle ausgestellt sind. Am 20. Februar 1904 fällen die Preisrichter das vernichtende Urteil: Kein einziger Entwurf ist des ersten Preises würdig.⁵² Glauben wir Bürgermeister Dr. Henning Scherf, so war es Gabriel von Seidl, der »alle Entwürfe verwarf«.⁵³

Also werden »Trostpreise« verteilt: 5000 Mark gehen an die Architekten Gustav Jänicke, Schöneberg, Karl

Roth, Kassel, Conrad Heidenreich und Paul Michel, Charlottenburg, Ernst Rang, Schöneberg, und Emmingmann & Becker, Berlin. Der Regierungsbaumeister Roger Slawski, Berlin, und die Architekten Karl und Paul Bonatz und Gustav Britisch, Stuttgart, bekommen 2500 Mark und die Arbeit des Architekten F. Berger, Steglitz, wird mit 1000 Mark bedacht.⁵⁴

»Dies Ergebnis ist eine herbe Enttäuschung sowohl für die Bewerber, ... als auch für Bremen, das sich um die Hoffnung betrogen sah, aus dem so reich beschicktem Wettbewerb einen zur Ausführung reichen Plan hervorgehen zu sehen.« Trotzdem dürfe der Wettbewerb »nicht als ergebnislos bezeichnet«⁵⁵ werden. Denn nach der deprimierenden Durchsicht der Entwürfe spürt die Jury, dass ihre Ausschreibung zu unpräzise war. Deshalb formuliert sie zum Abschluss: »Allgemeine Bemerkungen des Preisgerichts über den Wettbewerb«:

»In erster Linie wird das Gefühl, dass die unvergleichlich schöne Wir-

kung des alten Rathauses nicht gestört werden dürfe, zu einer taktvollen Zurückhaltung bei der Projektierung des Neubaus veranlassen.«

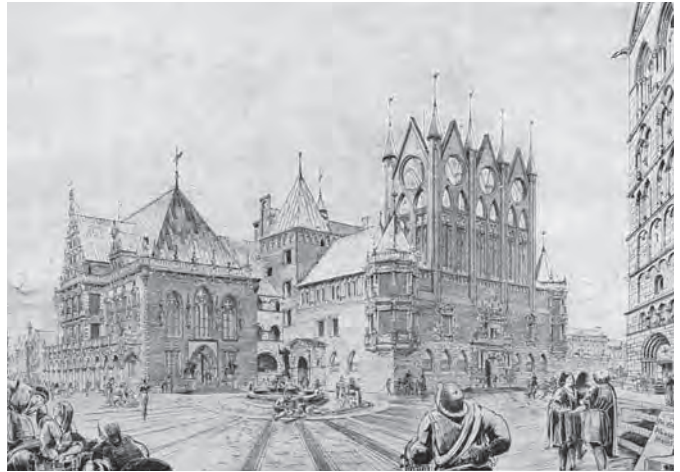
»Ob dies durch dezente Fortführung der bestehenden Architektur oder durch eine andere Art besser erreicht werden kann, bleibe dahingestellt, und wird von dem persönlichen Empfinden des Bearbeiters abhängen.«

»Aber wichtig erscheint, dass keine zu großen Effekte neben dem Altbau gebraucht werden, sondern dass der letztere der dominierende Teil bleibt.«

»Ein großer Turm liegt jedenfalls nicht im Sinne der genannten Tendenz und würde hier um so weniger am Platze sein, als ringsum viele Türme sichtbar sind mit denen eine Kollision zu befürchten wäre.«⁵⁶

Exakt gegen diese Richtlinie verstoßen eine ganze Reihe der eingereichten Entwürfe. Den extremsten Verstoß schaffen wohl Altgelt & Schweitzer mit ihrem Riesenturm direkt hinter dem Neuen Rathaus, einem Campanile, für den der des Markus-Doms in Venedig u. U. Pate gestanden hat. An der gotischen Schaufassade des Stralsunder Rathauses haben Börnstein & Kopp für ihr neugotisches Stadthaus Maß genommen. Und Karl und Paul Bonatz wollen altes und neues Rathaus zu einer mittelalterlichen Burg ummodelln. Der Bremer Architekt Hermann Max Fritsche sowie die Dresdner Architekten Max Hans Kühne und William Lossow verzichten jedoch auf einen Turm.

War der von Weitem sichtbare Schlossturm das »Sinnbild der herrschenden Macht«, so ist der Rathausurm das »Sinnbild kommunaler Macht und bürgerlichen Reichtums«. Ja, »die rasche Blüte der Städte ließ den Wunsch entstehen, der neu gewonnenen Macht durch einen hohen Turm Ausdruck zu geben.



Es ist dies die älteste Bedeutung des Turms, die sich über alle Zeiten hinweg bis heute erhalten hat.«⁵⁷ Deshalb wohl will bzw. kann der eine oder andere Architekt nicht auf einen Turm verzichten.

Schaut man sich die Entwürfe an, so kann man der Jury von 1904 nur auf Knien danken, dass sie fast alle 105 rigoros in den Papierkorb befördert hat. Denn fast alle hätten das alte Rathaus deklassiert.

Das gibt auch das Zentralblatt der Bauverwaltung von 1907 offen zu:

Es geht auch ohne Turm – Entwurf Max Hans Kühne und William Lossow, Dresden

Oben:
In Stralsund abgeguckt – Entwurf Börnstein und Kopp, Berlin

Denn »diese wichtigste Vorschrift« sei »natürlich von sehr vielen Bewerbern nicht zur Haupttrichschnur ihrer Bearbeitung gemacht« worden. »Erfreulicherweise« sei ihr aber vom Preisgericht »ein ausschlaggebender Wert beigelegt« worden. »Sehr viele« Architekten hätten »sich nicht genug tun können in dem Reichtum der Durchbildung, der Freiheit des Schmuckes, dem Ausputz mit Erkern und Giebeln, dem Emporstrecken eines gewaltigen Turmes, als ob das alte Rathaus durchaus übertrumpft werden sollte und ein neues Wahrzeichen der Stadt erstehen müsste.« Einige seien aber auch wohl auf die Bemerkung in der Ausschreibung hereingefallen, dass »eventuell ein größerer Eckturm an der Ostecke« errichtet werden könne. Der sei »nicht nur zwischen den benachbarten Türmen des Domes und der Liebfrauenkirche überflüssig«, sondern ziehe auch »den Blick mehr auf sich, als für die ›harmonischen Gesamterscheinung‹ der gesamten Rathausgruppe wünschenswert sei«, deren künstlerischer Mittelpunkt doch »der alte Bau bleiben« solle.

Weshalb kann man am neuen Rathaus auf einen Turm verzichten?

Am neuen Rathaus in Bremen kann man auf einen imposanten Turm verzichten, denn es muss gegenüber dem St. Petri Dom wie der Ratskirche Unser Lieben Frauen nicht auftrumpfen, wie das eine Reihe von Architekten glauben, die 1903 ihre Entwürfe mit teils bombastischen Türmen versehen.

Weshalb ein Turm ans Rathaus gehört, erklärt Prof. Dr. Stephan Albrecht so: Im »vom Absolutismus geprägten Europa« bilden »nur die Niederlande politisch wie architektonisch

eine große Ausnahme«. Während man in vielen deutschen Residenzstädten wie in Frankreich die Rathäuser den Schlössern anpasst, entwickeln die freien niederländischen Gemeinden im 17. und 18. Jahrhundert Rathäuser, die für die Öffentlichkeit zugänglich sind. »Wichtigste Elemente waren im 19. Jahrhundert der *Ratsturm* und gelegentlich auch die *Laube*. Sie sollten als Bildformen an die Ursprünge bürgerlicher Öffentlichkeit erinnern. Schon Schinkel hatte ... die flandrische Stadt als Zeichen bürgerlicher Selbstbestimmung der monarchischen Burg gegenübergestellt. So erklärt sich, dass man bei allem gleichzeitigen Bemühen um eine nationale Identität, in der architektonischen Bildform nicht an die eigene, sondern an die flandrische Vergangenheit anknüpfte. In den Rasthausbauten wurden die flandrischen Tuchhallen zum Symbol des Bürgerlichen schlechthin.«⁵⁸ Und die haben wie in Ypern einen Mittelsturm.

Der Hang zum Turm ist auch deshalb verständlich, weil er an vielen anderen Rathäusern der deutschen Kaiserzeit »als Zeichen städtisch-bürgerlicher Freiheit« und »Verkörperung der kommunalen Selbstständigkeit«⁵⁹ weit über den Dachfirst hinausragt, um den ratherrlichen Herrschaftsanspruch auf Selbstverwaltung gegenüber dem Landesherrn unübersehbar anzumelden. Das Volk glaubt, der Turm sei wesentlicher »Bestandteil des Rathauses, den man an einem solchen ebenso ungern vermissen würde, wie an einer Kirche.«⁶⁰

Dieses »Zeichen städtisch-bürgerlicher Freiheit« braucht man in Bremen jedoch nicht. Ja, das alte Rathaus hat auch im Mittelalter keinen Turm nötig. In der Hansestadt sorgt der Bürgermeister und Leiter der Domfabrik Hinrich Doneldey mit seiner berühmten

Geldsammelaktion, bei der er sich von den Bremern aus einem Waschzuber hinausopfern lässt, dafür, dass der Nordturm des Doms fertig gebaut wird.⁶¹ Und »weil auch der nördliche Turm der Ratskirche Unser Lieben Frauen ein Werk der Bürger«⁶² ist, haben die Bremer es nicht nötig, am Rathaus mit einem Turm zu protzen.

Das alte Rathaus wird »also auf engem Raum von zwei Türmen gerahmt, deren Bau in beiden Fällen auf Rat und Bürgerschaft« zurückgeht.⁶³ Bemerkenswerterweise fällt auch 1635 nicht der »Bürgerturm« am Dom in sich zusammen, sondern der von der Domklerisei errichtete Südturm kollabiert. Dank Peter Koster wissen wir, wer für dieses Unglück verantwortlich ist: »Die frechen und in aller Üppigkeit und mehrentheils in Unzucht lebenden Thumbher-

ren«. – Nur der historischen Wahrheit halber sei hinzugefügt, die lutherischen Domherren sind gemeint...

Und der Nordturm der Ratskirche ist jahrhundertlang Bremens »Tresenkammer«, heißt Ratsarchiv. Er ist gar im Besitz des Rats. Die Liebfrauenengemeinde kauft ihn gar nach 1910 wieder vom Rat zurück.⁶⁴

Der Rat muss also seinen Anspruch auf Selbstverwaltung nicht via Turm anmelden. Er wird seine »papistischen« Erzbischöfe wie lutherischen Administratoren als Landesherren vielmehr durch Reformation und Westfälischen Frieden los. Und um nicht unter schwedische Kuratel zu kommen, erlangt er durch Bestechung Kaiser Ferdinands III. am 1. Juni 1646 via »Linzer Diplom« gar die Reichsfreiheit.



Links:
St. Petri Dom mit Riss im
Südturm vor 1638

Unser Lieben Frauen mit
schieferm Nordturm,
19. Jahrhundert